

Organisations-Chaos bei der FDJ

Durcheinander vor dem ‚Deutschlandtreffen‘ – Auf Kosten der Jugendlichen

Berlin (Eigenbericht). Seit acht Tagen lebt Ostberlin von seinem Juni-Lebensmittelkontingent. Von den zentralen Versorgungsstellen wurde bereits am 16. Mai die Anweisung gegeben, „im Notfall“ auf die Reserven des folgenden Monats vorzugreifen. Ein derartiger Vorgriff ist den einzelnen HO- und Konsumleitungen sonst unter schwerster Strafandrohung untersagt. Wie auf einer Konferenz des Ostmagistrats mit Vertretern der Wirtschaftsorgane und des FDJ-„Deutschlandtreffens“-Komitees dazu erklärt wurde, haben die für das FDJ-Treffen erforderlichen Bereitstellungen an Fleisch, Fett, Kartoffeln und Nahrungsmitteln diesen für die Ostberliner Versorgung höchst bedenklichen Vorgriff nötig gemacht. Bisher sind aber keine festen Zusagen darüber gemacht worden, daß die durch die Lebensmittelentnahmen für die FDJ geschaffenen Lücken wieder aufgefüllt werden.

Die FDJ-Leitung rechnet jetzt nur noch mit etwa 300 000 Teilnehmern des „Deutschlandtreffens“. Obwohl sie in den Lagern unterzubringen wären, gehen einzelne Ostberliner Bezirke trotz ursprünglicher Bedenken daran, von den gemeldeten Privatquartieren Gebrauch zu machen. Die Organisationsleitung hofft, daß die Jugendlichen dort wenigstens warmes Essen und Getränke erhalten. Denn die Organisationsabteilung verfügt bisher nur über 200 einsatzfähige Feldküchen (also eine Feldküche für über 1000 Mann!).

Das zentrale Organisationskomitee hat noch eine Enttäuschung erlebt: Zahlreiche der als Quartier gemeldeten Häuser existieren überhaupt nicht oder sind Ruinen! Zur Quartierbelegung angemeldete Dachböden sind seit Jahren baupolizeilich gesperrt, und in der ehemaligen „Flandern“-Siedlung am Prenzlauer Berg wurden Dachböden „eingelant“, die überhaupt nicht vorhanden sind, weil die Häuser Flachdächer haben.

Von sowjetischen Maschinen-Traktoren-Stationen angefahren-

nes Stroh kann zum Teil nicht abgenommen werden, weil es faul und muffig, zum anderen Teil bereits Häcksel ist. Vom FDJ-Zentralrat werden weder Strohsäcke noch Schlafdecken in annähernd ausreichender Menge zur Verfügung gestellt.

Gefälschte Zahlen

Als die Vorbereitung des FDJ-Treffens begann, wurden die Ostberliner FDJ-Kreisleitungen zu einem Wettbewerb in der Quartierwerbung aufgerufen. Hierbei bemühte sich jede Kreisleitung, so vorteilhaft wie möglich abzuschneiden. Folglich ging man vielerorts einfach nach einem Stadtplan vor und notierte überhaupt nicht besichtigte Häuser in der Hoffnung: Die dortige FDJ-Gruppe wird das schon regeln!

Um die Verpflegung der Teilnehmer zu garantieren, benannte man in gleicher Weise Speisegaststätten und Bierlokale, ohne deren Besitzer nach ihren Verpflegungsmöglichkeiten zu fragen. Eine Großgaststätte in der Leninallee, die sich über Pfingsten in Totalrenovierung

befindet, wurde beispielsweise als Verpflegungsstätte für 10 000 Teilnehmer gemeldet!

Bereits mit Strohlagen ausgestattete Dachböden haben weder Toilettenmöglichkeiten noch Waschgelegenheit. Die Jugendlichen müssen morgens in aller Frühe, vor dem Abmarsch zur Parade auf dem Marx-Engels-Platz, bei den Hausbewohnern klingeln und fragen, ob sie sich in deren Wohnungen waschen dürfen.

Transportfrage ungeklärt

Eine nicht unwesentliche Schwierigkeit bildet die bis heute ungelöste Transportfrage. Etwa 50 000 Jugendliche können täglich unter Ausnutzung aller Transportmöglichkeiten in ihre Heimatorte zurückgefahren werden. Alle wollen jedoch am Pflingsttag wieder in ihren Herkunftsorten sein.

Statt sich um eine Minderung des zu erwartenden Chaos zu bemühen, schickt die Ostberliner FDJ-Bezirksleitung unterdessen laufend ihre Funktionäre nach Westberlin, um „Volksfeste“ und „Kulturveranstaltungen“ in öffentlichen Parks und auf Westberliner Plätzen zu veranstalten. Die FDJ Friedrichshain versuchte am 23. Mai, im Weddinger Schillerpark Rollerennen und Zirkus mit einem als „Onkel Pelle“ verkleideten Kader-Funktionär der SED-Kreisleitung Reinickendorf zu starten, während gleichzeitig Ostberliner Schulkinder Strohbälle auf Dachböden schleppen mußten. Eine für den gleichen Tag angesetzte Generalprobe des „Deutschlandtreffens“ endete mit dem Erfolg, daß 50 Prozent der eingeteilten FDJler wohlweislich nicht erschienen.

Spionagezentrale Westberlin?

DT. Unter Spionage versteht man das unbefugte Auskundschaften von Geheimnissen eines Staates zwecks Mitteilung an eine andere Macht. Die Spionage ist auf militärische, politische und wirtschaftliche Tatsachen gerichtet, deren Geheimhaltung üblich und im Interesse des Staates geboten ist. Sie wird in allen Ländern streng bestraft. Das ist allerdings eine Justiz mit sozusagen doppeltem Boden: nicht die Spionage an sich wird bestraft, sondern nur die Spionage gegen das eigene Land. Dagegen hat jede Macht das Bedürfnis, die Geheimnisse anderer Mächte möglichst zuverlässig in Erfahrung zu bringen. Das ist die Aufgabe der „Geheimdienste“ und anderer Einrichtungen, die es in allen Ländern gibt und immer gegeben hat. Über den besten und umfangreichsten Spionagedienst der ganzen Welt verfügt heute die Sowjetunion. Auf diesem Gebiete wiederholt sich die alte Erfahrung, daß Moskau das Übel, das es selbst am stärksten betreibt, den andern am meisten zum Vorwurf macht.

Diabolische Verdrehung

So ist auch das östliche Schlagwort von der „Spionagezentrale Westberlin“ entstanden, das man richtig deutet, wenn man feststellt, daß im ganzen Bereich Berlins und der Zone von keiner anderen Macht eine solche Zahl von Spionen, Agenten und Spitzeln unterhalten wird wie von den Sowjets in Westberlin. Andere Mächte tun hier nichts, was die Sowjets in größerem Maße nicht auch selbst betreiben. Das ist die eine Seite des Problems.

Die andere Seite ist dadurch gekennzeichnet, daß die Sowjets dem Begriff Spionage einen Inhalt verliehen haben, der auch dem völlig legitimen menschlichen Nachrichten- und Meinungsaustausch eine geradezu diabolische Verdrehung ins Strafbare gibt. Wer sich z. B. in der Zone, um den über sie gebreiteten Schleier zu lüften, nach der politischen Stimmung der Bevölkerung erkundigt, der begeht Spionage. Wer Dinge er-

fragt, die in allen Ländern der freien Welt völlig offenliegen und in amtlichen Ziffern bekanntgegeben werden, der ist ein Spion.

Die größte Perversion liegt jedoch darin, daß die Sowjets auf deutschem Boden einen „Staat“ geschaffen haben, in dem der eigene Bürger zum Objekt der Spionage gemacht worden ist, die sogar das Verbrechen einschließt, die Jugend zur Bespitzelung der Eltern zu mißbrauchen.

Und die „Geheimdienste“

In dem aktiven Interesse für das, was sich auf menschlichem Gebiet in der Zone abspielt, ist nichts, was es rechtfertigen könnte, unsere Stadt als „Spionagezentrale“ zu bezeichnen. Wir werden jedenfalls niemals aufhören, den ganzen menschlichen Tatbestand der Zone, der seine geistigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Elemente hat, im Geiste freier Publizistik zu erkunden und zu erörtern. Das ist nicht nur un-

ser gutes Recht, sondern unsere selbstverständliche Pflicht.

Nun gibt es zwischen Militärmächten, zumal wenn sie politisch verfeindet sind, natürlich auch Tatsachen, die nach allgemeiner Tradition geheimgehalten werden, wie z. B. die Stärke irgendwo stationierter militärischer Verbände und andere militärische Details. Das sind Dinge, für die wir selbst überhaupt kein Interesse haben, aber es ist üblich, daß sie wechselseitig die Militärmächte interessieren. Aufgabe der geheimen Nachrichtendienste ist es dann, dieses Interesse zu befriedigen. Daß gerade die Sowjets auf diesem Gebiet ein großes Spiel spielen, das haben die diplomatischen Spionageaffären Moskau in den USA, Kanada, Australien, Stockholm und in England zur Genüge gezeigt. Es wäre geradezu kindisch anzunehmen, daß sie nicht auch in Westberlin mit zahllosen Spionen, Agenten und Spitzeln dieses dunkle Geschäft in größtem Stile betreiben.

Kein Grund zur Aufregung

DT. Die lebhafte Diskussion, die um die unzeitgemäß aufgeworfene Frage eines Kontaktes zwischen Bonn und Moskau entstanden ist, zeigt, wie sehr hier ein innen- und außenpolitisch empfindlicher Punkt berührt worden ist. Die Bonner Fraktionen beraten und beschließen über ihn, nachdem die FDP den nach Moskau weisenden Spuren Pfeiderers forsch nachgefolgt ist. Vielleicht kam es der FDP, die gerade dabei ist, in der Koalition einige Privatfehden auszutragen, vor allem darauf an, ihre „Eigenwilligkeit“ zu betonen. Das ist wahrscheinlich der einzige „Kurswechsel“, der in dieser Partei unter der Führung Dehlers eingetreten ist. Sie hat das dann allerdings in einer Sache und in einer Form geäußert, die alle anderen Parteien — einschließlich der oppositionellen SPD — veranlaßte, sich von der Reiselust Pfeiderers zu distanzieren. Es hat sich gezeigt, daß kein für die Regierung oder Opposition verantwortlicher westdeutscher Politiker nach einer Moskau-Reise gelüstig ist,

Eine ganz andere Frage ist die nach normalen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Diese Frage ist für heute deshalb einfach, weil sie nicht aktuell ist. Sie wird mit der Notwendigkeit klarer Beantwortung erst gestellt, wenn das Besatzungsstatut fortfällt, das bekanntlich die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik noch der Kontrolle der Alliierten unterstellt. Zur gegebenen Zeit — das heißt nach dem Fortfall des Besatzungsstatuts — wird die Bundesrepublik entscheiden, und zwar unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen, ob sie diplomatische Beziehungen mit Moskau anknüpfen soll.

Man sollte also in dieser heftig erörterten Streitfrage wohl unterscheiden: zwischen unreifen Reiseplänen, die allgemeine Ablehnung finden, und der späteren Möglichkeit diplomatischer Beziehungen zu Moskau, die zur gegebenen Zeit eine ernste und unvereinigte Prüfung verdient. Dann hat heute niemand einen Grund zur Aufregung.

Kirchenkampf in der Sowjetzone

Die Synode in Spandau gab Rechenschaftsbericht

Berlin (Eigenbericht). Zu außerordentlich schweren Schäden hat der von den Pankower Machthabern entfachte Kirchenkampf im sowjetischen Besatzungsgebiet geführt. Dies ging aus einem Rechenschaftsbericht hervor, den Bischof D. Dr. Otto Dibelius vor der Evangelischen Provinzial-Synode von Berlin-Brandenburg im Spandauer Johannestift abgab.

Dibelius wies vor allem auf die Unnachgiebigkeit der Ostberliner Behörden hin, auf die schlechte finanzielle Lage der Kirche, auf die Schwierigkeiten, die noch immer den jungen Christen in den Schulen gemacht würden, sowie auf die Behinderungen beim Kirchenbau in den sogenannten „sozialistischen Städten“. 2000 evangelische Jugendliche seien in die Bundesrepublik abgewandert. Die Kirche habe diese Entwicklung nicht gewollt.

Zahlreiche neue Fälle hätten bereits wieder schwere Gewissenskonflikte ausgelöst, sagte Bischof Dibelius. Er führte das Beispiel einer Thüringer Schule an, in der die Kinder einen Aufsatz über die politische Einstellung der Eltern sowie eine kritische Stellungnahme dazu verfassen mußten. Beides mußte von den Eltern unterschrieben werden. In Ostberlin sei die von der Kirche wiederholt geforderte evangelische Oberschule noch immer nicht genehmigt worden.

Die Verordnung der sowjetsektoralen Verwaltung, nach der die Einbehaltung der Kirchensteuer mit dem Lohnsteuerabzug verboten ist, habe in den letzten zwölf Monaten zu einer starken Erhöhung der Zahl der Kirchenaustritte in Ostberlin geführt, gab Dibelius weiter bekannt. Ein großer Verlust an Gemeindegliedern, die der Bischof für 1953 mit 300 000 bezifferte, sei der Kirche durch die Abwanderung nach dem Westen entstanden. Außerdem sei auch die Zahl der Trauungen und Konfirmationen in der Sowjetzone zurückgegangen. Angesichts dieser Schwierigkeiten sei es ein Wunder, so betonte Dibelius, daß der kirchliche Organismus am Leben bleibe.

Dies sei nur möglich gewesen durch den Opferwillen von Pfarrern, Gemeindegliedern und Katecheten und durch eine große innere Umwandlung, die aus einer Pastorenkirche lebendige Gemeinden habe werden lassen. Dibelius teilte mit, daß ein Drittel aller Pfarrstellen im Lande Brandenburg unversorgt sei. Die jungen Semester an den Theologischen

Fakultäten seien schwach besetzt.

Der Bischof bedauerte, daß immer noch die Lizenz zum Aufbau der zerstörten Markuskirche in der „Stalin-Allee“ fehle, obwohl die Kirchenleitung ihr Einverständnis gegeben habe, einen Teil des Turmes abzutragen, um das neue Stadtbild nicht zu stören. Zu der von Nuschke bekanntgegebenen Planung eines Kirchenbaues in Stalinstadt sagte er, daß er seine Genugtuung darüber noch einige Zeit vorsichtig zurückhalten wolle, bis wirklich eine evangelische Kirche dort eingeweiht worden sei. Dibelius fügte hinzu, in Westberlin sei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im wesentlichen positiv, während sich in Ostberlin die

ablehnende Haltung der staatlichen Stellen als zäh und unnachgiebig erwiesen habe.

Gegen die Kürzung der Finanzzuschüsse in der Sowjetzone hat die Kirchenleitung Rechtsverwahrung eingelegt. Die Synode sprach die Erwartung aus, daß die 1953 vorenthaltenen Zahlungen nachgeholt und die für 1954 in vollem Umfang geleistet würden. In einem weiteren Beschluß protestiert die Synode gegen die Behinderung der Einziehung der Kirchensteuer in der Sowjetzone.

Die Synode forderte erneut die Errichtung evangelischer Schulen und Heime in der Sowjetzone und in Ostberlin. Die staatliche Schule im sowjetisch besetzten Gebiet sei eine „Bekanntnissschule der materialistischen Weltanschauung“ und damit ein Instrument des politischen Kampfes geworden.

Entgegen den Zusicherungen Grotewohls vom 10. 6. 1953 werde jeder Lehrer und jeder Schüler auf die materialistische Weltanschauung verpflichtet. Das bedeute eine unerträgliche Gewissensbelastung für die christliche Bevölkerung. Die Kirchenleitung wurde gebeten, die Neuerteilung der Lizenz für die evangelische Jugendzeitschrift „Die Stafette“ in der Sowjetzone zu beantragen. Die Zeitschrift war im Verlauf des Kirchenkampfes verboten worden.

Sündenböcke gesucht

Berlin (DPA). Massenverhaftungen von selbständigen Fleischermeistern hat in den letzten Tagen die Ostberliner Volkspolizei vorgenommen. Nach Angaben des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen wird die Gesamtzahl der Verhafteten auf 60 bis 80 geschätzt.

Offiziell wurden die Festnahmen mit angeblichen Unregelmäßigkeiten auf dem Zentralviehhof begründet. Nach Ansicht des Untersuchungsausschusses sollen Sündenböcke für die augenblickliche Krise in der Fleischversorgung gefunden werden.

40 Prozent fielen durch

Berlin (Eigenmeldung). In den Reichsbahnausbesserungswerken Meiningen, Dessau-Roßlau, Halberstadt und Wittenberge sind

bei den Lehrlingsprüfungen in diesem Jahr rund 40 Prozent der Anwärter durchgefallen. Sie müssen acht bis zwölf Monate weiter ausgebildet werden, bevor sie erneut zur Prüfung zugelassen werden können. In einem Bericht des Unterrichts- und Ausbildungswesens des Eisenbahministeriums wird der häufige Einsatz der 16- bis 20jährigen bei Großveranstaltungen, FDJ-Lagern und Demonstrationen als Ursache dieses wenig erfreulichen Prüfungsergebnisses erwähnt.

Gefährliches Fleisch

Berlin (DPA). In der Sowjetzone sterben jährlich etwa 1000 Kinder am Genuß von Fleisch, das von Rinder-Tbc befallen ist, erklärte Prof. Görtler von der Universität Jena in Leipzig.

Rotes Spionagenetz im Licht

Oberst Spry schlug zu — „Dynamit“ im Aktenschrank

Canberra (DPA/AP). In der australischen Hauptstadt Canberra begann die von der Regierung eingesetzte Königliche Kommission ihre öffentliche Untersuchung der sowjetischen Spionagetätigkeit in Australien. Sie wurde durch die Flucht des sowjetischen Botschaftssekretärs und MWD-Obersten Petrow aufgedeckt.

„Der Aktenschrank“ ist ein Begriff in ganz Australien. Harmlos wie seine Bezeichnung wirkt auch sein Inhalt — Briefe, Berichte, Durchschläge. Aber dieser Aktenschrank, der in einem Panzergewölbe des australischen Sicherheitsdienstes steht und scharf bewacht wird, enthält politisches Dynamit.

Er enthält die Petrow-Papiere. Unablässig wird an der Übersetzung und Auswertung dieser Dokumente gearbeitet. Als erster erhält Oberst Charles Spry, der wegen seiner Ruhe und guten Laune bekannte Chef des australischen Sicherheitsdienstes die Übersetzungen. Täglich erstattet er dem australischen Ministerpräsidenten, R. G. Menzies, Bericht. In Kürze wird das gesamte Beweismaterial zum erstenmal in den Einzelheiten veröffentlicht werden.

Bisher sind nur folgende Tatsachen in der ganzen Welt bekannt: Am 3. April verließ Wladimir Michailowitsch Petrow, seit 1952 Dritter Sekretär der sowjetischen Botschaft in Canberra, das Botschaftsgebäude. Er hatte den Auftrag, nach Sydney zu fliegen und sich dort mit anderen Beamten der Botschaft zu treffen. Statt dessen rief er Oberst Spry an und bat um eine geheime Zusammenkunft. Petrow machte den Eindruck eines Mannes, der sich von einer schweren Sorgenlast befreit hat. Er erklärte, er habe sich entschlossen, den Dienst der sowjetischen Regierung zu verlassen. Er habe Dokumente mitgebracht, die seiner Meinung nach für Australien und die demokratischen Länder von Wert seien. Er bat um politisches Asyl.

Spry griff nach dem Telefon. Der Premierminister fällte nach kurzem Zögern einen folgenreichen Entschluß: er ordnete an, Petrow Asyl zu gewähren, ihn Tag und Nacht zu bewachen und ihm Gelegenheit zur Aussage zu geben. Und Petrow sagte aus. Er verschwieg nichts,

er belegte alles mit Dokumenten.

Jetzt erfuhr Spry, Prototyp des modernen wissenschaftlich arbeitenden Sicherheits-Chefs, in wenigen Minuten entscheidend wichtige Tatsachen. Die erste Frage Sprys lautete: „Was wissen die Sowjets von den Geheimwaffen in Woomera?“ Er erfuhr, daß dank der Sicherheitsmaßnahmen nur sehr wenig an unberufene Ohren gedrungen war. Das war die wichtigste Nachricht.

Dann nannte Petrow die Na-

men seiner Kontakteleute innerhalb höchster australischer Regierungsstellen, und er nannte die Namen der australischen Kommunisten, die für die sowjetische Spionage arbeiteten. Tagelang machte er seine Aussagen, bevor Generalow, der sowjetische Botschafter, Verdacht schöpfte. Erst am 7. April teilte Generalow dem australischen Außenministerium mit, daß Petrow vermißt werde. Fünf Tage später, nach zahlreichen Telefongesprächen mit Moskau, verlangte Generalow eine Unterredung mit seinem Dritten Sekretär. Seine Forderung wurde abgelehnt.

Am nächsten Tag gab Australiens Premierminister den Fall Petrow öffentlich bekannt. Mittlerweile hatte Spry die Kontakteleute der Sowjets verhaftet, den Untergrundleuten das Handwerk gelegt. Das sowjetische Spionagesystem war zerschlagen.

Sabotage an Düsenjägern

Brüssel (Rp.). Einer großangelegten Sabotageaktion gegen die westeuropäischen Luftwaffenverbände kam man in Belgien auf die Spur. In Florennes wurden bereits zwei Mechaniker verhaftet, die kommunistischen Kreisen nahestanden und zugeben, die Urheber der Explosion von sechs amerikanischen Düsenjägern vom Typ F-84 Thunderjet zu sein. Insgesamt verlor die französische, belgische und holländische Luftwaffe durch geheimnisvolle Explosionen innerhalb des letzten halben Jahres über dreißig Maschinen.

In Belgien, das acht Thunderjets durch eine Kettenexplosion verlor, hat nun der militärische Abwehrendienst den klaren Beweis einer sorgfältig geplanten Sabotageaktion erbracht, nachdem ein Offizier des Luftwaffenstützpunktes Florennes in der Kompressionskammer eines Düsenmotors ein winziges Schraubchen entdeckt hatte. Man ging dem Fall nach und verhaftete die Unteroffiziere Albert Brice und Robert Lambot und dessen achtzehnjährige Verlobte Monique Aubienne, Arbeiterin in einer Pulverfabrik. Brice und Lambot waren als Luftwaffen-

mechaniker in Florennes beschäftigt.

Sowjetische Einschüchterungsversuche

Washington (DPA). US-Außenminister Dulles hat den Alliierten Rat für Österreich aufgefordert, die bereits von Bundeskanzler Raab zurückgewiesenen sowjetischen Anschuldigungen zu prüfen, wonach die österreichische Regierung antisowjetische Propaganda in Österreich zulasse.

Dulles hat den Vertreter der USA im Alliierten Rat, Yost, angewiesen, zu erwirken, daß auf der nächsten gemeinsamen Sitzung die „Anschuldigungen und Drohungen“ der Sowjetunion behandelt werden. Der amerikanische Außenminister erklärte, die Sowjetunion habe bereits auf der Berliner Konferenz wissen lassen, daß sie beabsichtige, auf unbestimmte Zeit in Österreich zu bleiben. Die Sowjets drohten nun damit, ihre Kontrolle in ihrer Besatzungszone zu verschärfen und auszuweiten. „Diese Bemühungen“, sagte Dulles, „bedeuten ganz klar eine Einschüchterung der Regierung eines freien Volkes.“

Für eine Milliarde Schund

Die neue „Massenbedarfsgüter-Produktion“ in der Sowjetzone

Seit fast fünf Jahren, seit der Gründung ihrer „Republik“, versucht die SED, die Bevölkerung mit dem Versprechen auf baldige Besserung der Versorgung mit den dringendsten Bedarfsartikeln zu verströmen. Seit fast fünf Jahren werden in der Zone Leitartikel um Kaffeeseibe und Kinderwindeln geschrieben. Während man in Ägypten Generatoranlagen und in Schweden „EMW“-Wagen offeriert, fahren die Magdeburger nach Westberlin, wenn sie einen Fahrraddynamo brauchen. Jetzt ist der Höhepunkt erreicht: Die SED fordert die Überproduktion von Waren im Werte von einer Milliarde Mark. Dann, so verspricht sie, wird die längst versprochene Besserung in der Versorgung eintreten.

Aber: Was wird sich ändern, wenn die Arbeiter — selbst unter großen Anstrengungen — der SED diese Milliarde präsentieren? Die SED-„Milliarde“ ist eine fiktive Zahl. Der Geldumlauf der Zone, der gegenwärtig durch kein Warenangebot aufgefangen werden kann, soll durch die „Milliarde“ in die Staatskassen zurückfließen und einer Entwertung der Ostmark entgegenarbeiten. Der sowjetzonale staatliche Handel hat der Bevölkerung nichts mehr anzubieten, was zum Kauf zu reizen vermag. Das meiste im Umlauf befindliche Geld floß jahrelang in die Kassen der HO-Lebensmittelgeschäfte. Dort gibt es jetzt auch nichts mehr.

Kühlschränke aus Abfällen

Deshalb der Notschrei: Werft Waren auf den Markt, um das in dunklen Ecken zur Gefahr werdende Geld zurückzubekommen! Unter diesem Gesichtspunkt ist es der SED gleich, was die Industrie an „Massenbedarfsgütern“ produziert. Hauptsache, sie tut es ohne große Kosten für den Staat: durch „Einsparungskampagnen“ und Normerhöhung. Was wird auf diese Weise produziert?

Es gibt Werke, die aus Abfällen Kühlschränke herstellen. Die Schränke fassen 45 Liter und kosten später etwa 1000 Mark. Wenn außen die Sonne auf das nichtisolierte Gehäuse scheint, fließt innen die letzte HO-Butter weg. Ein Ostberliner Werk hat Propangasherbe auf Band gelegt. Als die Produktion im großen Rahmen durchlaufen sollte, stellte sich heraus, daß man das westliche Modell nicht ohne seine Konstrukteure zu kopieren vermochte. Jetzt baut das gleiche Werk Höhensonnen, für die es aber keine Quarz-

lampen gibt. Ein thüringisches Werk produziert Sonnenbrillen aus rauchgefärbtem Glas, einige Zehntausend liegen schon in der Handelszentrale, obwohl nicht einmal der Konsum die seltenen Apparate übernehmen will.

Betriebsleiter in Nöten

Was soll ein Betriebsleiter machen, wenn er, der ohnehin in Produktionsschwierigkeiten steckt, plötzlich die Auflage erhält: Bis zum 21. Dezember stellt der Betrieb Massenbedarfsgüter im Werte von 15 Millionen DM zusätzlich her! Er fabriziert in aller Hast irgendwelche Waren, die sich so teuer wie möglich veranschlagen lassen.

So entstehen jetzt überall in der Sowjetzone die merkwürdigsten Dinge: Motorroller, Monatsproduktion 10 Stück, Herstellungspreis 5000 Mark; Schallwaschmaschinen: 100 Stück im Monat, Preis so gehalten, daß man fast billiger wegkommt, wenn man sich jedesmal neue Wäsche kauft. Alles wird produziert, nur nicht das, was der Durchschnittsbürger braucht und bezahlen kann. Wenn die SED jemals zu ihrer „Milliarde“ Massengüter kommt, steht am Ende dieser Kampagne eine Zahl von merkwürdigen Motorrollern, Elektronenblitzgeräten, bei denen einem mitten im Schnappschuß der Akku um die Ohren knallen kann, und Außenbordmotoren, zu denen man sich am sichersten ein anständiges Paddel mitliefern läßt.

„Sensationen“ der HO

Jeder Bewohner der Sowjetzone kennt Westberlin. Wenn er dort auch wenig zu kaufen vermag, so sieht er doch, was angeboten wird. Jetzt plötzlich werden ihm primitivste Nach-

ahmungen der in Westberlin als Gegenstände des normalen Bedarfs bekannten Dinge als „sensationelle Neuerungen“ in der Ostpresse angepriesen.

Viele Betriebsleiter und Wirtschaftsfunktionäre der Zone glauben, eine Angleichung an europäische Verhältnisse damit erreicht zu haben, daß sie Westberliner Schaufenster besichtigen und den Inhalt auf „Massengüter-Produktions“-Basis nachzuahmen suchen. Solche Experimente sind zumeist sehr kostspielig und nicht selten muß die Produktion nach der ersten Bandaufgabe aufgegeben werden. Der bis dahin produzierte Ausschuß geht wie alles andere auf das Konto der „Milliarde“.

Sparstrumpf-Politik

Die Ostmark in den Sparstrumpf zu tun, wäre sinnlos. Sie ist keine Valuta, die zu horten lohne. Aber die Ostmark dem Staat, der für sie zuvor wertvolle Arbeitskraft verlangte, ohne entsprechenden Gegenwert zurückzuschicken, wäre ebenso verkehrt. Frau Lehmanns Sparstrumpf wird der SED gefährlich, wenn sie mit ihm Preispolitik betreibt! Den Schund, den die SED mit ihrer „Milliarde“ produzieren läßt, sollte niemand ohne weiteres ablehnen. Frau Lehmann wird die undichten Kühlschränke und die alle acht Tage reparaturreifen Staubsauger zurückweisen und einen einfachen, soliden Kochtopf verlangen, den es in der Zone nicht gibt.

In Jena werden jetzt feuerfeste Glasfiguren produziert, in denen man Kaffee aufbrühen kann, während der Dampf die als Gefäß dienenden Figuren mit den Augen rollen läßt. Den Kaffee bekommt die Hausfrau, wenn sie Glück hat, viertelpfündchenweise zu 10 Mark in der HO. Meist hat sie kein Glück, dann rollt der feuerfeste Glaspopanz die Augen im Malzkaffee. Bis zum Herbst, wenn die SED den neuen Betrug nicht länger wird verbergen können, mag noch manches andere Augenrollen. Hier der SED Dampf zu machen, wird dann nicht nur in Jena notwendig sein.

Gefährlicher Sport im Westen

Östliche Sportler reisen in die Freiheit

Wenn Sportler, die hinter dem Eisernen Vorhang beheimatet sind, zu Wettkämpfen nach dem Westen reisen, sehen ihnen ihre kommunistischen Sportfunktionäre sorgenvoll nach: Werden sie auch alle wieder zurückkommen? Auch wenn man ihnen sicherheitshalber noch linientreue Aufseher mitgibt und fluchtverdächtige Sportgrößen erst gar nicht in das westliche Ausland fahren läßt — es haben schon zahlreiche Sportler der Ostblockstaaten ihre Gastspielrolle in der freien Welt in einen Daueraufenthalt verwandelt.

„Radio Freies Europa“ hat kürzlich zusammengestellt, wieviel Prominente des kommunistischen Sportlebens auf Fahrten in westliche Länder ihren Aufsehern entkommen sind. In Ungarn waren es über fünfzig. Unter ihnen befanden sich die Eisschnelllaufmeister Kornel Pajor, Kristof Kallay und Ede Kiraly, der Fechter Bela Mikla und der olympische Meister im Wasserpolo Kalman Hazi. Auch die Fußballer Laszlo Kubela, Mathias Toth, Gyorgy Sarosi,

Bela Sarosi, Gyula Zsengeller, Istvan Nyers, Geza Toldi und Lajwo Szendrody verließen ihre Heimat und baten um Asyl in der freien Welt. Allein im Jahre 1949 „desertierten“ sieben hervorragende Mitglieder der ungarischen Wasserpolo-Nationalmannschaft anlässlich von Spielen gegen ausländische Mannschaften in Österreich und Italien. Etwa 15 Fußballstars zogen es innerhalb eines Jahres nach der kommunistischen „Machtergreifung“ in Ungarn im Jahre 1948 vor, nicht hinter den Eisernen Vorhang zurückzukehren.

Die Tschechen müssen auf ihre Tennisracks Jaroslav Drobny und Vladimir Cernik, die Schwimmer Jiri Kovar und Jiri Linhart, den Skisportler Antonin Sponar, den Eishockeyspieler Mirek Slama und die Kunstlauffmeisterinnen Alena Vrzanova und Jirina Nekolova verzichten, seit sie in den Westen schickten.

Der berühmte polnische Tennisspieler Wlasiaw Skonecki lebt heute in Frankreich. Unter den rumänischen Sportlern, die sich weigerten, in ihre kommunistisch beherrschte Heimat zurückzukehren, sind die Aschenbahnmeister Panait Calcai und Vasily Dimitriu, sowie die bekannte Tennisspielerin Magda Rurac.

Die Kirche hat mehr Rechte

Antwort auf Otto Nuschkes Behauptungen

Berlin (KNA). Die Kirche habe nicht nur das Recht, auf die Verwerflichkeit von Massenvernichtungswaffen hinzuweisen, erklärt das Berliner „Petrusblatt“ in einer Stellungnahme zur Rede Otto Nuschkes auf dem II. Nationalkongreß in Ostberlin. Die Kirche habe ebensogut das Recht, unmenschliche wirtschaftliche Systeme zu

charakterisieren und auf die Verletzung der Rechte der Frau, der Familie oder der Kinder hinzuweisen. Nicht im Machtwillen eines Staates habe die Freiheit der Kirche ihre Grenze, sondern allein im Willen Gottes.

Nuschke hatte vor dem II. Nationalkongreß behauptet, die Kirche besäße in der Sowjetzone „angemessene Freiheit“. Er betonte, daß sogar religiöses Schrifttum erscheinen könne. Dazu erklärt das „Petrusblatt“, Nuschke habe bewußt vermieden, die Auflagenzahl dieser religiösen Publikationen mit denen der marxistischen Literatur zu vergleichen.

Reise durch Schlesiens Städte

Stacheldrahtverhaue, Wachtürme, Minenfelder riegeln das polnisch besetzte Gebiet hermetisch vom Westen ab. Immer noch wird an dieser Befestigungsanlage gearbeitet. Der Zug kriecht. Auf keiner polnischen Strecke wird eine Geschwindigkeit von auch nur 60 Stundenkilometer erreicht. In den kleineren Ortschaften viele leerstehende Gehöfte: Die Polen wollen noch immer nicht in dem gefürchteten Grenzgebiet siedeln.

Auch im Gebiet von Grünberg sind weite Flächen Ackerland unbestellt. Grünberg selbst macht heute einen aufgeräumten Eindruck. Die Polen sind sichtlich bemüht, die ehemals bekannte Weinindustrie auszubauen: 200 rumänische Weinbauern hat man in diesem östlichsten Weinanbaugebiet Deutschlands angesiedelt.

Weiter führt die Fahrt nach Glogau, der „Gespenststadt“. Diesen Ausdruck haben die Polen für die zu 90 Prozent zerstörte Stadt selbst geprägt. Wiederaufgebaut wird nichts. Schlesien ist der größte Lieferant von aus Trümmern gewonnenen Ziegeln für den Aufbau Warschaus.

In Breslau wird die polnische Bevölkerung noch immer zu Aufräumungsarbeiten herangezogen. Mit bloßer Hand werden die Ziegelsteine aus dem Schutt herausgebuddelt. Der Wiederaufbau beschränkt sich auf bestimmte Objekte und einzelne Stadtteile.

Brückenberg im Riesengebirge erwartet in diesem Sommer prominente Gäste der Warschauer Regierung. Der Ausflugs- und Reiseverkehr im Riesengebirge leidet beträchtlich unter der Nähe der polnisch-tschechischen Grenze. Die von Hirschberg kommenden Autobusse werden schon unterwegs angehalten und genau kontrolliert.

Grüber will zurücktreten

Berlin (Eigenmeldung). Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Sowjetzonen-Regierung, Propst D. Heinrich Grüber, hat vor der Provinzialsynode von Berlin-Brandenburg erklärt, daß er bereits vor einiger Zeit die Kirchenleitung um seine Pensionierung als Propst von Sankt Marien gebeten habe. Er hoffe, daß seiner Bitte bis zum 1. Juli stattgegeben werde.

Grüber fügte hinzu, er habe sich zum Amt des Bevollmächtigten bei der Sowjetzonen-Regierung nicht gedrängt und es oft genug zur Verfügung gestellt. Er sehe den Tag herbei, an dem er von dieser Stellung befreit werde. Es fehle jedoch noch der Nachfolger.

FDJ-„Demonstration“ in Westberlin



Sie tanzten nur einen Sonntag

Sowjetsorgen mit Likör

Ein schrecklicher Feind bedroht die Sowjetkultur: „In unseren Schriftstellerkreisen geht der Schnapsteufel um“, stöhnt entsetzt die Moskauer „Literaturnaja Gaseta“, eine als Literaturzeitung getarnte, periodisch erscheinende Dienstvorschrift für die „Ingenieure der menschlichen Seele“. Und dann nennt sie die Namen einer ganzen Anzahl von Sowjetschriftstellern, die „schandbare Orgien feiern wie früher die Ladenauschwengel und notorischen Säufer in den Schenken und alle Augenblicke sinnlos betrunken bei der Polizeiwache abgeliefert werden“.

Die „Literaturnaja Gaseta“ findet das unerhört, denn, so folgert sie, wer das hohe Glück genießt, Sowjetschriftsteller zu sein, der habe keine Sorgen und brauche somit auch keinen Likör. Nun erhebt sich aller-

dings die Frage: Wenn das Schnapstrinken als Sabotage an der sozialistischen Ethik gilt, ist dann nicht andererseits die Abstinenz als Sabotage an der sozialistischen Wodkaproduktion zu betrachten? Aber da sich im Sowjetlande auch das hoffnungsloseste Dilemma zur höheren Ehre des Regimes in Wohlgefallen aufzulösen pflegt, wird es wohl so sein:

Die Schriftsteller trinken Schnaps, damit die Wodkaläden ihr Verkaufssoll erfüllen. Dann erfüllt die „Literaturnaja Gaseta“ ihr Denunziationssoll, auf daß der Schriftstellerverband und die Partei ihr Säuberungssoll erfüllen können. Diejenigen aber, die dabei noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen, spülen den Schrecken mit einem tüchtigen Schnaps herunter...

Fortsetzung siehe oben.

Am Rande bemerkt ...

Wirtschaftsgeheimnisse

Die SED-Planwirtschaft hat viele Geheimnisse. Man merkt es schon daran, daß niemand klare Zahlenangaben über ihre Produktion macht. Das größte Geheimnis aber ist, wieso bei so viel Fehlplanung überhaupt noch etwas läuft.

Geheimnisse gibt es jedenfalls überall. Da las man z. B. in einer SED-Zeitung:

„Unter Leitung der Aktivisten Rahn und Brunck ist es der Brigade „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ im Holzverarbeitungswerk Neubrandenburg gelungen, ständige Normenübererfüllungen zu erreichen. Das Hauptgewicht legt die Brigade auf die Anwendung sowjetischer Arbeitsmethoden. Man ging dazu über, nur mit einwandfreiem Werkzeug zu arbeiten.“

Das Geheimnis der Methode Rahn-Brunck ist also: nur mit einwandfreiem Werkzeug zu arbeiten! Aber das noch größere Geheimnis: Mit welchem Werkzeug arbeitet man normalerweise in der „DDR“?

Selbst die Gothaer Müllabfuhr birgt ein Geheimnis. Da stand am 29. April im SED-Blatt „Das Volk“ geschrieben:

„Zu dem vielbesprochenen und beschriebenen Problem der Gothaer Müllabfuhr teilt uns der Rat der Stadt Gotha mit, daß bisher von der DHZ Eisenach 20 Mülltonnen zugesagt, aber bisher noch nicht geliefert worden sind. Auch läßt sich eine Staubentwicklung bei der Müllverladung auf Lkw. nicht vermeiden (!), denn der Stadt Gotha steht bisher nur ein (!) Spezialwagen zur Müllabfuhr bereit, und bei uns in der DDR ist die Produktion dieser Wagen noch nicht aufgenommen worden!“

Die letztere Feststellung ist zwar interessant. Wo aber mögen wohl die restlichen zwei Müll-Spezialwagen geblieben sein, die Gotha ehemals besaß?

Wo steht die sowjetische Forschung?

Unterschiedliches Niveau - Die Einflüsse der Partei

Von den sowjetischen Forschern weiß man heute genau so wenig wie von den sowjetischen Sportlern vor der letzten Olympiade. Wenn die Sowjets behaupten, sie hätten die Dampfmaschine und Glühbirne, das Auto, Telefon, Radio und Unterseeboot erfunden, so kann man darüber nur lächeln. Andererseits haben sie Düsenjäger gebaut und experimentieren mit Atom- und Wasserstoffbomben.

War das nur durch Spionage oder mit Hilfe der verschleppten deutschen Forscher möglich? Können unter der Fuchtel der Parteidoktrin nur Pseudowissenschaftler wie Lysenko existieren? Hat die unfreie sowjetische Forschung überhaupt schöpferische Kraft?

In den USA sind bei Beginn des kalten Krieges mehrere Institute gegründet worden, die sich mit diesen Fragen befassen. Es sind in erster Linie das „Russische Forschungszentrum“ an der Harvard-Universität und das „Russische Institut“ an der Columbia-Universität. Hier werden fast alle sowjetischen Tageszeitungen und wissenschaftlichen Zeitschriften im Abonnement bezogen oder auf anderen Wegen beschafft und von über 300 Rußlandexperten systematisch ausgewertet.

Nach Ansicht der Rußlandexperten haben die Wissenschaften hinter dem Eisernen Vorhang ein sehr unterschiedliches Niveau. Soweit sie zum militärischen Potential beitragen, sind sie sehr gut.

In der Mathematik — der abstrakten wie der angewandten — sind die sowjetischen Leistungen beachtlich. Da die Parteifunktionäre nicht mitreden können, haben die Gelehrten verhältnismäßig wenig unter politischem Druck zu leiden. Auch die Physiker sind vor den Parteileuten ziemlich sicher und erzielen dementsprechend gute Leistungen.

Die theoretische Chemie ist seit den Tagen Mendelejews, der die Elemente nach dem

Atomgewicht ordnete, immer gut gewesen. Aber auf technischem und pharmazeutischem Gebiet erreichen die Russen heute erst den Stand der deutschen Chemie von 1914. In der Gewinnung von Hormonen, Vitaminen, Cortison und anderen feinen Chemikalien liegen sie weit zurück.

Die Astronomie ist das einzige Gebiet, auf dem die Sowjets mit der übrigen Welt Kontakt halten. Sowjetische Astronomen berichten auf internationalen Kongressen bereitwillig von ihren Forschungen. In der Meteorologie ist vor allem der arktische Wetter-

dienst bemerkenswert. Entlang der Eismeerküste wurde eine immer dichtere Kette von Wetter- und Eisbeobachtungsstationen ausgebaut.

In der Biologie haben sich die Sowjets in einer Sackgasse festgerannt und sind weit hinter dem internationalen Stand zurückgeblieben. Nach ihrer Doktrin kann der Staat aus Pflanzen, Tieren und Menschen machen, was er will. Die Vererbung bedeutet nichts, die kontrollierte Umgebung alles. Die Mendelschen Vererbungsregeln wurden verdammt und durch Lysenkos Milieu-Theorie ersetzt. Neuerdings scheint Lysenkos Stern zu sinken, einige seiner Mitarbeiter wurden heftig kritisiert, weil ihre Arbeiten sich für die Landwirtschaft katastrophal auswirkten.

Pathologie und Psychologie werden stiefmütterlich behandelt. Sigmund Freuds Psychoanalyse ist verpönt. Seelischen Krisen und Krankheiten wird wenig Beachtung geschenkt.

Modernste Fernschanlage für Stuttgart

Stuttgart plant den Bau eines 215 Meter hohen Fernsehturms, der zugleich der Technik und dem Fremdenverkehr dienen soll. Diese schlanke „Betonnadel“ mit einer modernen Sendestation, einer fünfzig Meter hohen Antenne und zwei Höhenrestaurants wird selbst die amerikanischen Fernsehtürme an technischer Vollkommenheit übertreffen.

Das neue Wahrzeichen der Stadt wird sich auf dem zweihundert Meter hohen Bopser bei Stuttgart-Degerloch harmonisch in das Landschaftsbild einfügen. Die Notwendigkeit eines Anschlusses an das europäische Fernsnetz wurde schon vor Jahren vom Süddeutschen Rundfunk erkannt; aber man schreckte vor einem jener häßlichen Drahtgerüste zurück, die

das Panorama vieler amerikanischer Städte verunstalten. Erst der revolutionäre Plan des Stuttgarter Baumeisters Dr.-Ing. Fritz Leonhardt, die komplizierte Fernsehantenne auf eine schlanke Betonsäule aufzustoßen, fand den Beifall der Stadtväter.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.